



**Volker Kauder MdB**  
Vorsitzender

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

fraktion@cducsu.de  
www.cducsu.de

## Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
am 21. November 2016  
**18. WP/65**

### **I. Die politische Lage in Deutschland**

#### **Angela Merkel ist genau die Richtige in dieser schwierigen Zeit.**

Wir freuen uns, dass unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sich bereit erklärt hat, als Spitzenkandidatin zur nächsten Bundestagswahl anzutreten. Angela Merkel genießt das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung und hat international ein hohes Ansehen. Unsere Unterstützung ist ihr sicher.

In den nächsten Jahren bis 2021 stehen wegweisende Entscheidungen an, die unser Land im nächsten Jahrzehnt prägen werden. Für die Fortsetzung der erfolgreichen Regierungsarbeit setzen wir auf folgenden Leitlinien:

Erstens wollen wir eine starke Wirtschaft und einen Staat, der durch gute Bildung und Forschung, durch Innovationsfreude und eine vernünftige Datenpolitik die Grundlage dafür legt, dass Deutschland auch im Zeitalter der Digitalisierung wirtschaftlich erfolgreich bleibt. Damit wollen wir die Grundlage unseres Wohlstands und damit auch unseres Sozialstaats sichern.

Wir wollen zweitens einen starken Staat. Wir leisten in diesen bewegten Zeiten unseren Beitrag für Sicherheit und internationale Stabilität. In die innere und äußere Sicherheit wird weiter massiv investiert. Überall in unserem Land müssen Recht und Gesetz gelten und durchgesetzt werden. Wir stehen für soziale Sicherheit und eine Gesellschaft, in der den Schwachen geholfen wird.

Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammensteht. Deshalb müssen sich auch diejenigen, die zu uns gekommen sind, integrieren und dürfen sich nicht isolieren.

Wir wollen drittens mehr Aufmerksamkeit für die vielen Millionen Menschen, die täglich ihrer Arbeit nachgehen, die für ihre Kinder und Enkelkinder da sind, die sich in unserem Land in Vereinen, den Kirchen und sozial engagieren, und für sie Erleichterungen schaffen. Dazu gehören eine bessere Förderung von Familien und Kindern, eine gute Infrastruktur sowie eine steuerliche Entlastung für diese Leistungsträger aus der Mitte unseres Landes.

Unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel hat sich Deutschland zum wirtschaftlich erfolgreichsten und politisch stabilsten Land Europas entwickelt. Angesichts der großen Bewährungsproben in Europa wollen wir daher viertens zusammen mit unserer Bundeskanzlerin und unseren europäischen Partnern die Europäische Union voranbringen und im Sinne eines geeinten Kontinents zur Lösung der Probleme beitragen. Europa ist heute für uns Deutsche wichtiger denn je.

Der nächste Bundestagswahlkampf wird schwer werden. Wir erleben eine starke Polarisierung in unserem Lande. Sowohl von links als auch von rechts werden wir als Union herausgefordert werden. Rot-Rot-Grün ist eine Machtopption, die viele im linken Lager anstreben, die aber nicht gut wäre für Deutschland. Daher müssen wir als Union gemeinsam in diesen Wahlkampf gehen und geschlossen für ein Ziel kämpfen: Wir müssen so stark werden, dass ohne uns als stärkste politische Kraft keine Regierung gebildet werden kann.

### **Bundeshaushalt 2017 – Wahlversprechen eingehalten.**

Wir verabschieden in dieser Woche den Bundeshaushalt 2017. Wir halten damit unsere Wahlversprechen ohne jeden Abstrich ein. Die schwarze Null steht bereits im vierten Jahr in Folge, und es gab keine Steuererhöhungen. Wir konnten sogar beginnen, Schulden zu tilgen.

Im Bundeshaushalt 2017 haben wir unseren Staat in den Bereichen innere und äußere Sicherheit weiter gestärkt. Wir haben in dieser Legislaturperiode unsere Sicherheitsbehörden (Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Nachrichtendienste) massiv um mehr als 10.000 zusätzliche Stellen bis zum Jahr

2020 gestärkt. Überdies konnten wir durch Umschichtungen die Investitionen um fast 2,8 Milliarden Euro auf gut 36 Milliarden Euro anheben.

Dieser Handlungsspielraum ist das Ergebnis unserer klaren Haushaltspolitik, die vielfältigen Widerständen und Begehrlichkeiten standhält. CDU und CSU stehen geschlossen hinter unserem Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble.

Selbst die umfangreichen flüchtlingsbedingten Kosten können wir ohne Neuverschuldung bewältigen. Niemand muss deshalb Einschränkungen hinnehmen. Im Gegenteil. Neben der Anhebung der Investitionsquote auf nunmehr 11 Prozent und den umfangreichen Bundesmitteln für Kultur konnten wir auch Entlastungen bei der Einkommensteuer auf den Weg bringen.

## **II. Die Woche im Parlament**

**Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) sowie Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020.** Im kommenden Jahr werden die Ausgaben auf 329,1 Mrd. Euro veranschlagt. Neugeregelt wird dazu auch der Bundesbankgewinn. Sollte er höher als 2,5 Mrd. Euro ausfallen, so fließen diese Mittel in die Tilgung von Altschulden. Nach dem Finanzplan bleibt der Bundeshaushalt von 2017 bis 2020 in jedem Jahr ausgeglichen. Die gesamtstaatliche Schuldenstandquote soll spätestens 2020 unter die Maastricht-Grenze von 60 Prozent fallen.

**Bundesministerium der Finanzen und Bundesrechnungshof.** Schwerpunktmäßig handelt es sich um personalintensive Verwaltungshaushalte. Die Ausgaben von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble werden gegenüber dem Regierungsentwurf um 197,6 Mio. auf 6,2 Mrd. Euro angehoben. Der Zoll erhält 200 neue Planstellen. Mit dem Mittelaufwuchs wird auch die Vereinheitlichung der Software im Besteuerungsverfahren finanziert. Der Bundesrechnungshof kann 150,9 Mio. Euro ausgeben, d.h. 2,5 Mio. Euro mehr als von der Bundesregierung im Sommer veranschlagt.

**Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.** Gegenüber dem Regierungsentwurf werden die Ausgaben um 103,4 Mio. auf insgesamt 838,6 Mio. Euro gesteigert. Das Stiftungskapital der Stiftung Warentest wird um 90 Mio. Euro erhöht und im Gegenzug der jährliche Zuschuss um 1,5 Mio. Euro gesenkt. Auf Anregung der Unionsfraktion wird zudem ein neuer Bundesschülerwettbewerb „Rechtsstaat“ ins Leben gerufen.

**Bundesministerium des Innern.** Im Mittelpunkt stehen die Maßnahmen für mehr innere Sicherheit. Bundesminister Dr. Thomas de Maizière erhält 639,3

Mio. Euro mehr als im Regierungsentwurf eingeplant. Sein Etat wächst gegenüber 2016 um fast 1,2 Mrd. Euro auf knapp 9 Mrd. Euro an. Im kommenden Jahr 2017 entstehen rund 2.000 neue Stellen bei der Bundespolizei und 820 beim Bundeskriminalamt. Damit haben wir insgesamt in dieser Legislaturperiode für unsere Sicherheitsbehörden (Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Nachrichtendienste) mehr als 10.000 zusätzliche Stellen bis zum Jahr 2020 beschlossen. Wir zeigen damit eindrucksvoll, dass die Union die Partei der inneren Sicherheit ist. Das Technische Hilfswerk (THW) erhält 170 neue Stellen sowie zusätzliche Mittel für überregionale und bundesweite Nachwuchswerbung. Schließlich werden auch der Asyl- und Flüchtlingssituation und den daraus resultierenden Herausforderungen angemessen Rechnung getragen. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass mehr abgelehnte Asylbewerber unser Land verlassen, indem wir im Jahr 2017 die freiwillige Ausreise mit 40 Mio. Euro fördern. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die freiwillige Ausreise wesentlich einfacher zu realisieren und kostengünstiger ist als die zwangsweise Abschiebung. Schließlich geben wir 5,2 Mio. Euro mehr für den Spitzensport in Deutschland aus.

**Bundesministerium für Gesundheit.** Die Ausgaben von Bundesminister Hermann Gröhe im Jahr 2017 sind auf knapp 15,2 Mrd. Euro bemessen und übersteigen den Regierungsentwurf um 63,1 Mio. Euro. Die im parlamentarischen Verfahren vereinbarten zusätzlichen Mittel dienen insbesondere der verstärkten internationalen Zusammenarbeit im Gesundheitswesen. Der Bundesrechnungshof erhält Prüfungsrechte gegenüber den Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen und deren Bundesvereinigungen sowie gegenüber dem Gemeinsamen Bundesausschuss und der Deutschen Krankenhausgesellschaft.

**Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.** Im kommenden Jahr sollen insgesamt 5,6 Mrd. Euro bereit stehen. Das sind 165,8 Mio. Euro mehr als von der Bundesregierung veranschlagt. Die im parlamentarischen Verfahren zusätzlich beschlossenen Mittel fließen in ein kommunales Investitionsprogramm vor allem für Sportstätten und Schwimmbäder über 100 Mio. Euro und in ein neues Städtebauförderungsprogramm „Zukunft Stadtgrün“ über 50 Mio. Euro. Zudem können beim Programm Altersgerechtes Umbauen nun wieder Anträge bewilligt werden. Schließlich ist es unsere Handschrift, dass wir im Haushalt 2017 die Mittel für Maßnahmen gegen Einbrüche (z. B. sichere Fenster und Türen) auf 50 Mio. Euro erhöhen.

**Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt.** Für den Etat des Bundeskanzleramtes stehen 2017 insgesamt 2,8 Mrd. Euro bereit. Dieser Betrag liegt 316,6 Mio. Euro über dem Regierungsentwurf. Davon werden 260 Mio. Euro zusätz-

lich für die Kultur in Deutschland bereitgestellt. Neben den Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien deckt der Einzelplan auch die Mittel der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen ab. Die Beratung des gesamten Kanzleramtsetats geht mit einer Generaldebatte zur Regierungspolitik einher.

**Auswärtiges Amt.** Im Mittelpunkt stehen die weltweiten Krisenherde und die daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen. Vor diesem Hintergrund wird der Etat gegenüber dem Regierungsentwurf um 628,2 Mio. auf 5,2 Mrd. Euro aufgestockt. Die zusätzlichen Mittel fließen fast vollständig in die humanitäre Hilfe im Ausland. Zudem wird eine Reihe von Ansätzen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik erhöht.

**Bundesministerium der Verteidigung.** Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen verfügt 2017 über einen Etat von 37 Mrd. Euro. Der Regierungsentwurf wird um 393,2 Mio. Euro angehoben. Die Steigerung gegenüber 2016 beträgt dann mehr als 2,7 Mrd. Euro. Das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr muss den gewachsenen internationalen Gefahren entsprechen und ist auch auf die besonderen Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus auszurichten. Der Dienst soll attraktiver gestaltet und die Ausbildungs- und Karriereöglichkeiten verbessert werden. Im parlamentarischen Verfahren wurden u.a. die Mittel für Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldaten um 20 auf 130 Mio. Euro angehoben, da die Anzahl der Reservedienstleistenden um 500 auf nunmehr 3.000 angehoben wird.

**Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.** Zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den betroffenen Regionen insbesondere in Afrika und Syrien erhält Bundesminister Dr. Gerd Müller eine Anhebung des Regierungsentwurfs um 554,1 Mio. auf 8,5 Mrd. Euro. Sein Etat erreicht damit wieder ein Rekordniveau. Seit Beginn der Kanzlerschaft von Dr. Angela Merkel wurden die Mittel mehr als verdoppelt. Die aktuellen Haushaltsmittel des Einzelplans tragen maßgeblich dazu bei, dass die sogenannte ODA-Quote (Official Development Assistance) von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zukünftig erreicht werden kann.

**Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.** Die Fördermaßnahmen richten sich schwerpunktmäßig auf innovative Technologien, mittelständische Aktivitäten sowie den Energie- und Außenwirtschaftsbereich. Die im Regierungsentwurf vorgesehenen Ausgaben für 2017 werden um 302,2 Mio. auf 7,7 Mrd. Euro angehoben. 35 Mio. Euro davon entfallen auf die Stärkung der

industriellen Gemeinschaftsforschung. Überdies wurden im parlamentarischen Verfahren 42 Mio. Euro für die Gründung sechs neuer Institute des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrtforschung bereitgestellt.

**Bundesministerium für Bildung und Forschung.** Aktuelle Ressortschwerpunkte sind der Einsatz für mehr Bildungsgerechtigkeit, die Gestaltung des demografischen Wandels und die Entwicklung wirksamer Strategien gegen Fachkräftemangel. Gegenüber dem Regierungsentwurf wird der Etat von Bundesministerin Professor Dr. Johanna Wanka um 92,4 Mio. auf 17,6 Mrd. Euro aufgestockt. Konkret gestärkt werden damit die digitale Ausstattung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten sowie die Grundfinanzierung der Fraunhofer-Gesellschaft.

**Bundesministerium für Arbeit und Soziales.** Der überwiegende Anteil der Ausgaben beruht auf gesetzlichen Verpflichtungen, so dass geringer Spielraum für politische Schwerpunktsetzungen bleibt. Gegenüber dem Regierungsentwurf können die Ausgaben dieses größten Bundesetats um gut 1 Mrd. Euro niedriger auf 137,6 Mrd. Euro veranschlagt werden. Dies geht darauf zurück, dass die Schätzungen zur Kostenentwicklung im SGB II-Bereich inzwischen nach unten korrigiert werden konnten.

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.** Der Einzelplan steigt auf gut 9,5 Mrd. Euro an, indem der Regierungsentwurf um 327,4 Mio. Euro angehoben wird. Die im parlamentarischen Verfahren vereinbarte Mittelaufstockung dient zusätzlichen Impulsen für bürgerschaftliches Engagement und Flüchtlingsarbeit im Rahmen der vielfältigen Programme im gesamten Bereich des Familienministeriums. Der Aufwuchs des Einzelplans gegenüber dem Vorjahr beruht im Wesentlichen auf verbesserter gesetzlicher Leistungen und deren Inanspruchnahme bei Kinder- und Elterngeld.

**Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.** Schwerpunkte sind aufgrund des wirtschaftlich schwierigen Strukturwandels die landwirtschaftliche Sozialpolitik sowie die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Bundesminister Christian Schmidt stehen im kommenden Jahr 6 Mrd. Euro zur Verfügung. Das ist ein Aufwuchs gegenüber dem Regierungsentwurf von gut 106,5 Mio. Euro. Davon entfallen 58 Mio. Euro auf die Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe im Milchmarkt-bereich durch Kofinanzierung der Sondermaßnahmen der Europäischen Union sowie zusätzliche 35 Mio. Euro für das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung.

**Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur.** Die Ausgaben von Bundesminister Alexander Dobrindt sind für 2017 auf 27,9 Mrd. Euro veranschlagt. Das sind 1,09 Mrd. Euro mehr als im Regierungsentwurf veranschlagt. 1 Mrd. Euro entfällt auf eine Kapitalerhöhung der Deutschen Bahn durch den Bund als Alleingesellschafter. Zudem stellen wir zusätzliche Mittel für freiwillige Lärmsanierung an bestehenden Eisenbahnlinien sowie für Rad-schnellwege zur Verfügung. Überdies wird ein neuer Haushaltstitel zur Gründung eines „Deutschen Maritimen Zentrums“ am Standort Hamburg hervorgebracht. Damit wird die Koordinierung von Forschung, Entwicklung und Innovation im Bereich der maritimen Wirtschaft unterstützt. Schließlich entlasten wir die in Deutschland aktiven Luftverkehrsunternehmen.

**Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017.** Die Einzelplandebatten der Haushaltswoche werden zusammengefasst, der Deutsche Bundestag verabschiedet das Haushaltsgesetz für das kommende Jahr.

### III. Daten und Fakten

**Industrie investiert weiter.** Im Jahr 2015 haben die deutschen Industrieunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 59,8 Milliarden Euro in Sachanlagen investiert. Dies waren rund 2,1 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2014, was einem Zuwachs von 3,5 Prozent entspricht. Damit haben die Investitionen den bisherigen Höchststand von 2008 – damals waren es 60 Milliarden Euro – nahezu wieder erreicht. Das Investitionsvolumen hat sich gegenüber 2014 insbesondere in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren erhöht (plus 16,4 Prozent auf 3,4 Milliarden Euro). Einen deutlichen Anstieg gab es jeweils auch in der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (plus 10,6 Prozent auf 2,4 Milliarden Euro) und der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (plus 5,8 Prozent auf 4,4 Milliarden Euro). Der Wirtschaftszweig mit dem höchsten Investitionsvolumen bildet die Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen. Hier stiegen die Investitionen um 5,2 Prozent auf 14,302 Milliarden Euro. Leichte Rückgänge gab es bei der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (minus 3 Prozent auf 2,7 Milliarden Euro) und von chemischen Erzeugnissen (minus 1,7 Prozent auf 5,1 Milliarden Euro).

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*

**Spendenbereitschaft der Deutschen weiter hoch.** Die Deutschen haben von Januar bis September 2016 rund 3,1 Milliarden Euro gespendet. Rund 17,8 Millionen Menschen spendeten dabei Geld an gemeinnützige Organisationen oder Kirchen. Zwar gingen die Zahlen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum

leicht zurück – das Spendenaufkommen um 9,9 Prozent und die Zahl der Spender um 0,6 Millionen – dies ist jedoch vor allem dadurch zu erklären, dass es bislang in 2016 glücklicherweise keine großen medienwirksamen Katastrophen wie etwa das Erdbeben in Nepal 2015 gab. Während die Spenden für Umwelt- und Naturschutz auf Vorjahresniveau blieben, musste der Tierschutz ein leichtes Spendenminus verbuchen. Der Bereich der Kultur- und Denkmalpflege hingegen konnte ein leichtes Plus verzeichnen. Zwar gingen auch die Spenden für die Flüchtlingshilfe zurück, dennoch haben bislang 2,9 Millionen Menschen in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres für Flüchtlinge gespendet. 41 Prozent des Spendenaufkommens flossen dabei in internationale Projekte, 30 Prozent in nationale Projekte und 29 Prozent in Projekte vor Ort.

*(Quelle: Deutscher Spendenrat)*

**Digitale Bildungsinfrastruktur ausbaufähig.** Die digitalisierte Welt findet keinen wirklichen Eintritt in den Lehrraum. Zu diesem Ergebnis kommt die Sonderstudie „Schule Digital“ der Initiative D21. Zwar verfügen 96 Prozent der weiterführenden Schulen zumindest in ausgewählten Räumen über einen Internetzugang, die Verfügbarkeit elektronischer Geräte im Unterricht variiert jedoch stark: Klassische Desktop-PCs werden den Schülern mit 71 Prozent deutlich häufiger zur Verfügung gestellt als etwa Whiteboards (31 Prozent), Notebooks (20 Prozent) oder Tablets (10 Prozent). Zwar gaben 38 Prozent der Schüler an, dies durch die schulische Nutzung der privaten Smartphones auszugleichen (sogenanntes „Bring your own device“) – 32 Prozent der Schüler durften jedoch überhaupt keine eigenen Geräte verwenden. Als Hürden für den Einsatz digitaler Medien im Unterricht machten Lehrkräfte daher vor allem auch die Geräteausstattung (73 Prozent) aus. Rechtsunsicherheiten (64 Prozent), mangelnde IT-Kenntnisse (62 Prozent) und niedrige Internetgeschwindigkeiten (56 Prozent) führen ebenfalls dazu, dass die digitale Unterrichtsgestaltung hinter ihren Möglichkeiten bleibt.

*(Quelle: Schule Digital)*